

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 11

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schon indem Kneschaurek die Inflation, die nach Ansicht gewisser Wirtschaftspolitiker den Kapitalismus in den Abgrund führen wird, sozusagen in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen rückt und – neben den Unternehmern auch die Lohnbezüger und ihre Gewerkschaften für das Bestehen und die Lösung des Problems der Geldentwertung verantwortlich macht, ruft er nach einer neuen, höheren ethischen Einstellung zur Volksgemeinschaft. Indem er allgemeine Aufklärung über die Wirtschaft der Gegenwart verlangt, einen Beratungsausschuß für Fragen der Arbeiter und Unternehmer als wünschenswert erachtet, ja, deren Ausbau in einem «geschlossenen System» fordert, regt er politische Maßnahmen und Institutionen an, die über die, die heute in der Verfassung und im Recht verankert sind, hinausgehen.

(Fortsetzung folgt)

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Bundesrat hat beschlossen, die schon zu Beginn dieses Jahres auf den Herbst zugestandene Erhöhung des Milchpreises auf die Konsumenten abzuwälzen. Wieder bezahlt somit der Konsument – und vor allem die Konsumenten der unteren Einkommensklassen, bei deren Budgets die Milch und die Milchprodukte sehr ins Gewicht fallen – die Folgen unserer immer fragwürdiger werdenden Landwirtschaftspolitik. Neben der Milch werden auch einige Milchprodukte teurer. Ob der Bundesrat diese Abwälzung auf den Konsumenten deshalb zugelassen hat, weil es den Anschein macht, als ob langsam die Spitze der Teuerungswelle erreicht ist? Immer häufiger kann man auf alle Fälle in den maßgeblichen Blättern der Schweiz lesen, daß der Hauptauftrieb in unserem Wirtschaftsleben etwas nachgelassen habe. Dafür spricht auch, daß der Baukostenindex der Stadt Zürich sich im letzten halben Jahr nur um 1,2 Prozent (gegenüber 5,8 Prozent in der vorherigen Periode) erhöht hat. Auch der Ertrag der Grundstücksgewinnsteuer, der ein gutes Barometer für die Konjunktur ist, hat in Zürich von 1961 auf 1962 nicht mehr zu-, sondern eher abgenommen.

Die Börsen in der Schweiz verzeichneten große Kurseinbußen, die am 23./24. Oktober (Kubakrise) am ausgeprägtesten waren. Seither hat sich die Börse zwar wieder etwas erholt – es ist jedoch unverkennbar, daß allenthalben eine große Ernüchterung eingetreten ist. Besonders bei den «kleinen

Leuten» hat die jüngste Baisse einen tiefen Eindruck hinterlassen. So schrieb denn auch die «*NZZ*», diese Baisse habe zu einer weiteren Konzentration des Effektenbesitzes geführt, da die kleineren Besitzer ausgeschaltet worden seien.

Wohl eine der erfreulichsten Nachrichten in diesem Berichtsmonat war die Mitteilung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, daß er die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lancierte Bodeninitiative vorbehaltlos unterstützen werde. Auf bürgerlicher Seite scheint man die Lage als gefährlich zu beurteilen; bereits geht man in den Zeitungen und an öffentlichen Versammlungen ziemlich massiv gegen diese Initiative vor, die «auf indirektem Weg zur Verstaatlichung führe».

Die Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee ist bekanntlich sehr umstritten. Mit Recht wehren sich immer mehr einsichtige Leute, aus reinen Profiterwägungen heraus auch noch den oberen Teil des Rheins zu verschmutzen. Der Regierungsrat von St. Gallen ist da allerdings anderer Meinung, und in einem kühnen außenpolitischen Husarenritt will er Baden-Württemberg dazu bringen, mit der Hochrheinschiffahrt einverstanden zu sein: Durch seinen Vorsteher des Baudepartementes ließ er im Großen Rat verkünden, er verweigere Baden-Württemberg jede weitere Entnahme von Trinkwasser aus dem Bodensee, bis diese mit der Schiffbarmachung des Rheins einverstanden seien. Die Zuständigkeit des Bundes in solchen Fragen scheint die Regierungsleute von St. Gallen wenig zu kümmern . . .

Einen innenpolitischen Mißgriff hat sich die Regierung des Kantons Bern geleistet: Sie hat einen Milizoffizier strafweise zu einer andern Einheit versetzt, weil er in Zivil an einem Umzug zugunsten der jurassischen Separatisten teilgenommen und sogar das Wort ergriffen hat. Auf diese Weise hat der Berner Regierungsrat jedoch kaum die Separatistenbewegung gelähmt . . .

Und damit die Welschen nicht allein unglossiert dastehen, sei von einem Schildbürgerstreich aus Genf berichtet. In Genf sind – wie leider allenthalben in der Schweiz – die Universitätsräume den heutigen Ansprüchen nicht mehr gewachsen. Um nun der Ueberfüllung der Universität Herr zu werden, hat die Fremdenpolizei allen ausländischen Studenten, die das Pech haben, über 25 Jahre alt zu sein, ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr erneuert. Diese genossen sowieso mehr das freie Leben in Genf als die Vorlesungen an der Universität, ließen sie dazu verlauten!

Außenpolitik

Krisen überall. So könnte man am zutreffendsten diese Monatschronik überschreiben, die die Ereignisse von Mitte Oktober bis Mitte November umfaßt. Wohl die schwerste Krise entstand um Kuba. Am 22. Oktober verhängte die USA – ohne irgendeinen ihrer Verbündeten zu befragen – eine Seeblockade gegen Kuba, da dessen Aufrüstung einen Offensivgrad erreicht habe, dem die USA nicht mehr länger tatenlos zusehen dürften. In einer Radio- und Fernsehrede forderte Kennedy den Abtransport der sowjetischen Raketen, die Schleifung der Abschußrampen, eine internationale Kontrolle dieser Maßnahmen und überhaupt den Abtransport sämtlicher offensiver Waffen auf Kuba. Was niemand im Westen erwartet hätte, trat ein: Chruschtschew und Kennedy begannen einen intensiven Briefwechsel, und am 28. Oktober gab Rußland den Befehl, die Raketenbasen abzubrechen. Chruschtschew vertraue, so schrieb er in seinem letzten Brief, den Zusicherungen Kennedys, von einer Invasion auf Kuba abzusehen. Dies zu erreichen, sei auch der einzige Zweck der Raketenabschußrampen gewesen. Im Osten feierte man Chruschtschew als einen Mann des Friedens, der in äußerst gefährlichen Zeiten den Kopf nicht verliere und – auf seine Stärke vertrauend – ruhig einen Schritt zurückweichen könne. Im Westen feierte man den Sieg Kennedys, der endlich einmal gezeigt habe, wie man den Russen mit der eisernen Faust Respekt einflößen könne. Mitte November ist die Kubakrise noch nicht beigelegt. Während die Raketen abtransportiert worden sind – unter der Kontrolle des Roten Kreuzes, das hier zum erstenmal eine solche Funktion übernahm – konnten trotz eifriger Verhandlungen zwischen UNO-Generalsekretär U Thant, Fidel Castro, Amerika und Rußland die übrigen Streitpunkte noch nicht beigelegt werden. Vor allem läßt Castro eine Kontrolle auf Kuba nicht zu, weigert sich Rußland, seine – wie es ausführt – Kuba verkauften Bomber abzuziehen und wollen die USA weder auf ihre «Quarantänemaßnahmen» verzichten, noch ihren Stützpunkt auf Guantánamo aufgeben, noch eindeutige Garantieversprechen gegenüber Kuba abgeben, bevor seine Forderungen erfüllt sind. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist gegenwärtig nicht mehr so wahrscheinlich wie noch vor wenigen Wochen, allerdings ist der Brandherd Kuba noch lange nicht gelöscht. Denn – das vergessen im Westen immer wieder viele Leute – für Amerika ist nicht so sehr der mit Waffen rasselnde Fidel Castro gefährlich. Die Ideen, die hinter der kubanischen Revolution stecken und die in ganz Südamerika Fuß gefaßt haben, sind viel gefährlicher. Sie sind es vor allem deshalb, weil die Wirtschaft in den meisten südamerikanischen Staaten völlig zerrißt ist, die Inflation erschreckende Ausmaße angenommen hat, der größte Teil der Bevölke-

rung nicht genügend zu essen hat und die herrschende Schicht Schutz in der Errichtung von mehr oder weniger deutlichen Militärdiktaturen sucht. Diesen Mißständen kann nicht mit einer Blockade abgeholfen werden, sondern nur mit drastischen Sanierungsmaßnahmen.

Einen Tag bevor die Russen den Abbruch ihrer Raketenbasen bekanntgaben, brach in Deutschland eine Krise aus, die dem ohnehin schon leicht angeschlagenen Prestige Westdeutschlands einen neuen Schlag versetzte: Buchstäblich bei Nacht und Nebel wurden die Redaktionsräume des «Spiegels» von der Polizei beschlagnahmt und die verantwortlichen Leute dieser Wochenzeitung verhaftet. Einer der Redaktoren wurde sogar mitten in der Nacht in einem Hotel von Spanien aus dem Bett herausgeholt. Eine Sonderleistung, wenn man bedenkt, daß nach Spanien geflüchtete Nazi von der spanischen Polizei nie gefunden werden. Die Anklage gegen den «Spiegel» lautete auf Landesverrat, insbesondere wurde ein Artikel über die deutsche Verteidigung im Angriffsfall, der drei Wochen vorher veröffentlicht worden war, als für Deutschland sehr schädlich erachtet. Was man seit der Aktion gegen den «Spiegel», die außerhalb der in einem Rechtsstaat gültigen Regeln erfolgte, sofort vermutete – daß nämlich Strauß das ihm mißliebige Nachrichtenmagazin ausschalten wollte –, dementierte der Bonner Verteidigungsminister zunächst kategorisch. Im Bundestag mußte er auf die bohrenden Fragen der SPD jedoch zugeben, er habe persönlich nach Spanien telephoniert und die Verhaftung des betreffenden Redaktors verlangt! Diese Übergriffe von Strauß, die von der CDU/CSU nicht zuletzt im Hinblick auf die in Bayern bevorstehenden Wahlen gedeckt werden, führten zu der schwersten Koalitionskrise zwischen CDU und FDP. Letztere fordert nun kategorisch – wie die SPD ebenfalls – den Rücktritt von Strauß. Dieser selber denkt natürlich überhaupt nicht daran. Hinter der «Spiegel»-Affäre enthüllt sich der Kampf zweier Geheimdienste, die eine verschiedene Verteidigungskonzeption vertreten: Strauß fordert die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Amerikaner eine stärkere konventionelle Rüstung der Deutschen. Wie die Regierungskrise in Westdeutschland ausgehen wird, ist Mitte November noch völlig unklar. Sicher ist lediglich eines: Das Ansehen Westdeutschlands hat in den letzten Wochen sehr gelitten.

Nicht zuletzt dank der «Spiegel»-Affäre gelang es der SPD, bei den Landtagswahlen in Hessen einen großen Sieg zu erringen: Sie erhielt die absolute Mehrheit, während die CDU ihre Bonner Politik zu berappen hatte.

Eine krisenhafte Entwicklung hat der Grenzstreit zwischen China und Indien angenommen. Bekanntlich anerkennen die Chinesen die von den Engländern aufkotrierte Grenze zwischen China und Indien, die Mac-Mahon-Linie nicht. Der schon jahrelang andauernde Notenkrieg hat sich mittlerweile zu einem richtigen Krieg entwickelt. Auf über viertausend Meter

Höhe bekämpfen sich die beiden feindlichen Heere. Die Chinesen rückten sofort vor, es zeigten sich bedenkliche Mängel in der Ausrüstung der Inder. Dies kostete dem indischen Verteidigungsminister Menon seinen Sitz. Amerika half sofort mit Waffen aus, Pakistan protestierte dagegen heftig gegen die amerikanische Hilfe, während Rußland die beiden Kriegsparteien aufforderte, sich doch an den Verhandlungstisch zu setzen, denn dieser Krieg nützte nur den Imperialisten. Im Westen erklärte man sofort, Nehrus Friedenspolitik habe einen Schlag erhalten. Man vergaß aber, daß Indien in den letzten Jahren selber gar nicht so friedlich war: Seit Jahren verweigert es freie Wahlen in Kaschmir – und hat dafür zwei Drittel seiner Truppen an der pakistanischen Grenze konzentriert; die rechtswidrige Eroberung Goas ist ebenfalls noch nicht vergessen. Sicher ist lediglich eines: Sowohl China wie auch Indien haben innert ihrer eigenen Grenzen noch so viele Probleme zu lösen, daß sie eigentlich ruhig auf diesen Grenzkrieg verzichten könnten. Wenn man nicht umgekehrt argumentieren will, daß sie gerade ihrer unlösten Probleme wegen diesen Krieg brauchen . . .

Die Abstimmung in Frankreich über eine Verfassungsänderung – der Staatspräsident soll zukünftig durch das Volk gewählt werden, ergab einen Sieg de Gaulles, der allerdings geringer ausfiel als alle früheren Plebiszite des Generals. Wie die Wahlen für das Parlament ausfallen werden, die in den letzten Novemberwochen stattfinden werden, ist noch ungewiß. Eines ist auf alle Fälle sicher: Radio und Fernsehen machen nur Propaganda für de Gaulle und seine Partei, die andern müssen sich mit wenigen Sendeminuten begnügen. Die Demokratie macht auch in Frankreich beängstigende Entwicklungen durch.

Über die Revolution in Jemen dringen nur sehr spärliche und widersprüchliche Nachrichten durch. Man weiß, daß der Aufstand in großzügiger Weise von Ägypten finanziert und auch militärisch unterstützt wird. Die Revolution hat bereits auch in Saudiarabien zu einer Änderung geführt: Man erklärte dort, nun werde die Sklaverei abgeschafft und weitere Reformen durchgeführt. Während sich die Amerikaner in Kuba nicht genug über die «Versklavung» der Kubaner entrüsten können, scheinen sie die Sklavenherrschaft Ibs Sauds bisher noch nicht bemerkt zu haben. Man wird den Verdacht nicht ganz los, daß Sklaverei, verbunden mit dem Recht auf Privat-eigentum, für die Amerikaner viel eher erträglich ist . . . Und solange dem so ist, klingen die Forderungen nach Freiheit immer ein wenig falsch . . .

Dr. Marcel Bertschi